

# Richter klagen über Stellenmangel in der Justiz

Auch Minister Maas warnt: Den Rechtsstaat nicht kaputtsparen

Von Miguel Sanches  
und Matthias Korfmann

**Berlin/Düsseldorf.** Der Justiz fehlen nach Einschätzung des Deutschen Richterbundes 2000 Stellen, die Hälfte davon in NRW.

Wenn Bund und Länder die Polizei personell aufstockten, werde diese mehr Verfahren anstoßen, „dann wird die Justiz zum Flaschenhals“, sagte Richterbund-Geschäftsführer Sven Rebehn der WAZ. Allein in NRW fehlten nach seinen Angaben rund 1000 Richter und Strafverfolger, darunter mehr als 300 Staats- und Anwälte, 450 Straf- und Zivilrichter und mehr als 250 Verwaltungsrichter; und das trotz der schon 2016 neu geschaffenen Stellen.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) beklagte, bei Polizei und Justiz sei im Zeitalter der Schuldenbremse deutlich zu viel gespart wor-

den. „Da müssen die Länder dringend gegensteuern und viele haben damit auch schon begonnen“, sagte er der WAZ. Maas warnte, „wenn wir unseren Rechtsstaat durchsetzen wollen, dürfen wir ihn nicht kaputtsparen.“

Der Minister reagierte auf Unions-Fraktionschef Volker Kauder, der ihm und den Bundesländern vorgeworfen hatte, die Ausstattung der Justiz zu vernachlässigen. Aus Personalmangel könnten Staatsanwaltschaften und Gerichte viele Rechtsbrecher nicht mehr zur Rechenschaft ziehen. „Das ist eine alarmierende Entwicklung, die viel zu wenig beachtet wird“, sagte er unserer Zeitung. Besonders bedenklich nannte es Kauder, dass selbst beim Generalbundesanwalt Stellen für die Terrorismusverfolgung fehlten: „Das kann nicht sein.“ Die Stellen sind nach den Angaben des Justizminis-

ters allerdings vorhanden. Bei ihrer Besetzung sei der Generalbundesanwalt allerdings auf die Kooperation der Bundesländer angewiesen.

NRW fühlt sich von Kauder zu Unrecht an den Pranger gestellt. Ein Sprecher des Justizministeriums beteuerte am Sonntag in Düsseldorf, „keine andere Landesregierung in Deutschland hat jemals so viel in die Strafjustiz investiert wie NRW.“ Sie habe in den letzten sechs Jahren rund 1800 Stellen geschaffen, allein im vergangenen Jahr mehr als 300 Stellen zur Stärkung der Strafrechtsbarkeit, darunter 100 Staatsanwalts-, 100 Strafrichter- und 100 Assistenten-Stellen. In diesem Jahr würden weitere 100 Stellen hinzu kommen. „Das ist das größte Investitionsprogramm in die Justiz in der deutschen Nachkriegsgeschichte“, so der Sprecher. „Herr Kauder liegt falsch.“

~~Text~~ 2

## In welchen Bundesländern Richter fehlen

■ Nicht nur NRW hat zu **wenigen Richtern und Staatsanwälten**. So gibt es in Bayern 200 Richter und 250 Staatsanwälte zu wenig, in Baden-Württemberg fehlen 100 Richter und mehr als 100 Staatsanwälte, in Hessen 140 Strafverfolger, genauer: 90 Staatsanwälte und 50 Anwälte. Alle Länder haben in den letzten Jahren auf die Engpässe reagiert.

■ Die Länder sollen nicht nur Topjuristen zum Generalbundesanwalt abord-

nen, sie bekommen zugleich auch Mehrarbeit zugewiesen. Karlsruhe hat im vergangenen Jahr 33 große **Terrorverfahren** an die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf abgegeben, das waren dreimal so viele wie im Jahr 2015.

■ Justizminister Heiko Maas (SPD) hat eine **Reform der Strafprozessordnung** auf den Weg gebracht. Sie soll die Richter entlasten. Unter anderem soll der Richtervorbehalt bei Blutentnahmen im Straßenverkehr entfallen. *san*